

Von: AStA der Europa-Universität Flensburg

An: Martin Habersaat, Vorsitzender des Bildungsausschusses

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung hochschulrechtlicher Gesetze Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 20/3279 Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Umdruck 20/4921

Schriftliche Stellungnahme des AStAs der Europa-Universität Flensburg zum „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung hochschulrechtlicher Gesetze“

Wir lehnen die Einführung und Erhebung von Verwaltungskosten entschieden ab. Die Annahme im Gesetzesentwurf, dass diese Kosten für Studierende keine finanzielle Belastung darstellen, ist realitätsfern und entspricht nicht den Lebenswirklichkeiten vieler Studierender. Angesichts stetig steigender Lebenshaltungskosten und eines BAföG-Systems, das vielfach als ungerecht empfunden wird und in vielen Fällen nicht ausreicht, stellen 60 Euro pro Semester, also 120 Euro jährlich, für zahlreiche Studierende eine spürbare finanzielle Mehrbelastung dar. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb ausgerechnet Studierende das Haushaltsdefizit des Landes mittragen sollen, obwohl sie häufig auf familiäre Unterstützung oder staatliche Hilfen angewiesen sind.

Sollte es trotzdem zur Einführung der Verwaltungsgebühren kommen, fordern wir entschlossen eine Härtefallregelung, die Studierende in prekären Situationen von den Kosten befreit.

Die Berechnung der Verwaltungsgebühren auf Grundlage von Vollzeitäquivalenten ist im Fall der Europa-Universität Flensburg besonders problematisch. Da viele Stellen infolge der angespannten Haushaltssituation unbesetzt bleiben, basiert die Berechnung auf einer nicht erfüllten personellen Ausstattung und verliert damit ihre sachliche Grundlage.

Wir begrüßen grundsätzlich einen transparenteren Umgang mit der Hochschulfinanzierung in Schleswig-Holstein. Transparenz allein reicht jedoch nicht aus. Sie muss von konkreten Maßnahmen begleitet werden, die strukturelle Probleme tatsächlich lösen. Notwendig ist ein langfristiger, verlässlicher Finanzierungsplan, der die Hochschulen nachhaltig stärkt und Planungssicherheit schafft.